

Deep Dive

Defence Briefing – Kann sich Europa selbst verteidigen?

Silvia Nadjivan – 20.03.2025

In aller Kürze

Europa muss sich seit der zweiten Präsidentschaft von Donald Trump selbst um die eigene Sicherheit und die Verteidigung der Ukraine gegen den russischen Kriegstreiber kümmern.

Noch immer haben die wenigsten europäischen NATO-Länder das 2-Prozent-Ziel erreicht, also 2 Prozent des BIP in die nationale Verteidigung zu investieren.

Wenn die nationalen Verteidigungsausgaben auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht würden, könnten die EU- und europäischen NATO-Länder den möglichen Wegfall der USA kompensieren.

Für die Ukraine-Hilfe wären 0,21 Prozent des BIP notwendig, um den Wegfall des bisher größten Ukraine-Unterstützers USA auszugleichen. Im europäischen Vergleich zeigen sich große Unterschiede.

An Geld, Know-how und Gerätschaft fehlt es in Europa nicht, vielmehr ist es eine Frage des politischen Willens, den die EU-Kommission jetzt mit dem neuen Aufrüstungsplan (ReArm Europe) unter Beweis stellt.

Inhalt

EINLEITUNG	2
BISHERIGE VERTEIDIGUNGSAusGABEN IN EUROPA	3
EIN NEUER AUFRÜSTUNGSPLAN FÜR EUROPA	5
INTERNATIONALE HILFSLEISTUNGEN AN DIE UKRAINE	6
INTERNATIONALE RÜSTUNGSINDUSTRIE IM VERGLEICH	9
EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG OHNE SCHUTZMACHT USA	11
DIE UKRAINE ALS ZUKÜNFTIGES WAFFENARSENAL EUROPAS	14
ANFORDERUNGEN AN DIE STRATEGISCHE AUTONOMIE EUROPAS	15
CONCLUSIO: WAS ZU TUN BLEIBT	17
QUELLENVERZEICHNIS	18

Einleitung

Die bisherige geopolitische Ordnung bricht gerade zusammen, was sich auch auf die europäische Sicherheitsarchitektur auswirkt. Anstatt dass wie bisher in den internationalen Beziehungen die Stärke des Rechts gilt, herrscht das Recht des Stärkeren vor. Während der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und damit auch der hybride Krieg gegen Europa unvermindert toben, torpediert der aktuelle US-Präsident Donald Trump das nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte Völkerrecht und die bisherige internationale Ordnung. Verfolgen doch die USA unter Trump 2.0 und Europa – als einstige westliche Verbündete – zwei diametral entgegengesetzte Sicherheitspolitiken. So geht es den USA unter Trump darum, sich – auch fernab liberaldemokratischer Prinzipien – im indopazifischen Raum aufzustellen und beim Wettkampf gegen China sogar mit Putin zu arrangieren. Demzufolge zahnlos agiert Trump gegenüber Putin, wie das zuletzt ergebnislose Telefongespräch zwischen den beiden Präsidenten am 18. März 2025 verdeutlicht hat (ZDF heute 2025).

Dagegen kämpft Europa um den Erhalt der eigenen Freiheit, Demokratie und Prosperität gegen den Aggressor Russland, neuerlich unter zweifelhafter Unterstützung der USA. Denn sämtliche Befürchtungen noch vor Trumps Inauguration sollten sich im Zuge des NATO-Treffens in Brüssel am 13. Februar und der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) von 14. bis 16. Februar 2025 bewahrheiten. Forderte doch US-Verteidigungsminister Pete Hegseth beim besagten NATO-Treffen in Brüssel wie schon zuvor Donald Trump die Erhöhung der nationalen Verteidigungsausgaben der NATO-Mitgliedsländer auf 5 Prozent und drohte mit einem möglichen Rückzug der US-Truppen aus Europa (NATO 2025; ORF 17.2.2025; Tagesschau 13.02.2025).

Das Fass zum Überlaufen brachte dann der Eklat beim Besuch des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Weißen Haus in Washington, als US-Präsident Trump und US-Vizepräsident J.D. Vance diesen vor laufenden Kameras beleidigten. Die Reaktion der EU ließ nicht lange auf sich warten. Nach einem spontan zusammengerufenen Treffen unter der Leitung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Paris trafen sich am 6. März 2025 die EU-Regierungs- und Staatsspitzen in Brüssel, um sich über die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungsstrategie, nun ohne die USA, zu beraten. Die Grundlage dafür lieferte der „ReArm Europe“-Plan der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, also die Aufrüstung Europas (Ursula von der Leyen 2025; European Commission 2025). Inzwischen liegt das Weißbuch für Verteidigung seitens der EU-Kommission vor (Schmidt 2025a)

Nicht nur auf EU-Ebene, sondern auch in Expert:innenkreisen herrscht die Meinung vor, dass sich Europa sehr wohl auch ohne die Unterstützung der USA gegen Russland bewähren kann, allerdings nur gemeinsam (Irto et al. 2025; Schmidt 2025b). Dieser Feststellung wird nun näher nachgegangen.

Im vorliegenden Deep Dive geht es daher um drei zentrale Fragen:

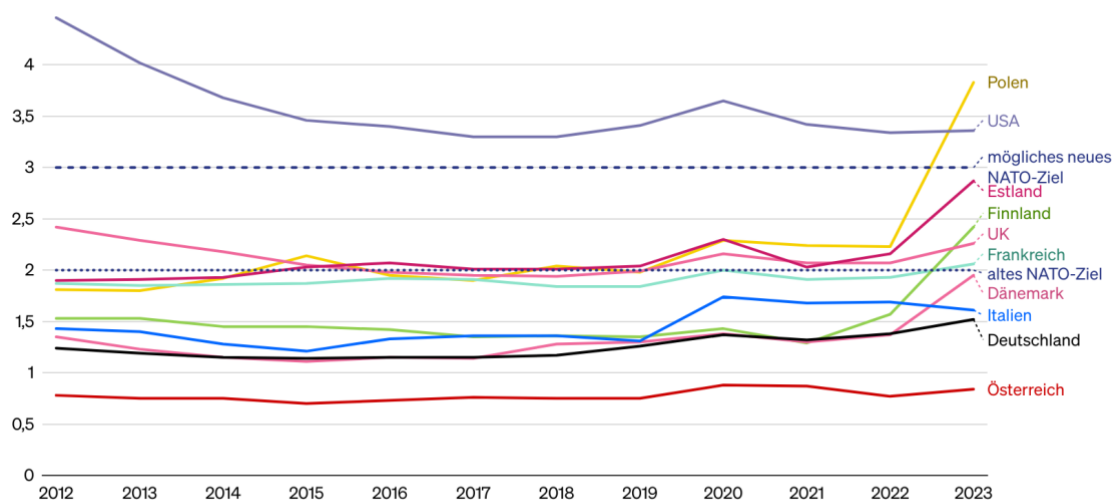
- 1) Wo steht Europa in Sachen Sicherheit und Verteidigung jetzt? Kann es sich auch ohne die USA selbst verteidigen?
- 2) Was ist schon akkordiert? Was ist schon auf Schiene?
- 3) Was gibt es noch zu tun? Was braucht es noch?

Bisherige Verteidigungsausgaben in Europa

Beim Blick auf die aktuellen SIPRI-Daten, also Daten des Stockholm International Peace Research Institute, zeigt sich, dass die vielzitierte „Zeitenwende“ nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 in den wenigsten europäischen Ländern bis 2023 Einzug gehalten hat. So bewegen sich die nationalen Verteidigungsausgaben von EU-Mitgliedsländern deutlich unter jenen der USA.

Militärausgaben: Wo die Zeitenwende im Ländervergleich ersichtlich wird

Ausgaben für Verteidigung in Prozent des BIP, 2012–2023



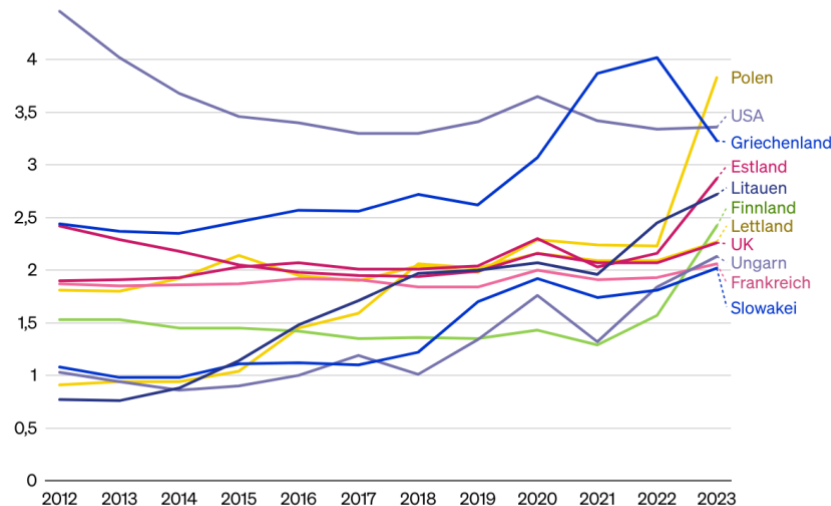
Quelle: SIPRI, NATO

NEOSLAB

In den internationalen Fokus geraten sind die nationalen Verteidigungsausgaben der NATO-Mitgliedsländer, nachdem Donald Trump im US-Präsidentschaftswahlkampf letztes Jahr angedroht hatte, alle NATO-Mitgliedsländer, die die vereinbarte 2-Prozent-Marke nicht erreichen würden, bei einem kriegerischen Angriff nicht mehr unterstützen zu wollen. Im Gegenteil würde Trump nach eigenen Angaben den Aggressor Putin sogar „ermutigen“, die betreffenden Staaten anzugreifen (Euronews, AP 2024). Bei der 2-Prozent-Marke geht es um das unter NATO-Partnern gemeinsam vereinbarte Ziel, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die nationale Verteidigung auszugeben. De facto erreichen das nur wenige europäische Länder.

Militärausgaben: Welche Länder 2023 das 2-Prozent-Ziel überschritten haben

Ausgaben für Verteidigung in Prozent des BIP, 2012–2023



Allesamt NATO-Mitgliedsländer

Quelle: SIPRI, NATO

NEOSLAB

Anfang dieses Jahres entfachte Trump neuerlich die Diskussion um die nationalen Verteidigungsausgaben, indem er willkürlich von einer 5-Prozent-Marke sprach. (Specht 2025) Diese Zahl relativierten die europäischen NATO-Partner wie der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius beim besagten NATO-Gipfel mit dem Hinweis, dass nicht einmal die USA 4 Prozent des eigenen BIP erreichen würden. (Tagesschau 13.02.2025) Allerdings ist man sich in Europa schnell über ein 3-Prozent-plus-Ziel einig geworden. Von Expert:innenseite heißt es sogar, dass eine kurzfristige Anhebung der staatlichen Militärausgaben auf 3,5 Prozent des BIP notwendig sei, um die eigene Waffenproduktion in Europa anzukurbeln und damit gegen den Aggressor Russland entsprechend gewappnet und zugleich für den möglichen Wegfall der USA als Schutzmacht ausreichend gerüstet zu sein (Burilkov, Wolff 2025, 8). Auch NATO-Generalsekretär Rutte deutete kurzerhand ein mögliches Ziel von 3,7 Prozent des BIP für nationale Rüstungsausgaben an (Kirkegaard 2025, 2).

Die aktuellen Zahlen relativieren vorerst das hehre 3-Prozent-plus-Ziel allerdings. Außer Polen, das im Jahr 2023 nachweislich 3,87 Prozent des BIP für Rüstungsausgaben aufwendete und diesen Betrag 2024 laut Schätzungen auf 4,12 Prozent des BIP erhöhte (Kirkegaard 2025, 2), sind die meisten europäischen Länder 2023 von der 2-Prozent-Marke weit entfernt. Aufgrund der jahrzehntelangen „Friedensdividende“ (Feichtinger 2023; Ilzetzi 2025, 4) durch die Schutzmacht USA sah man sich eben bisher in Europa nicht gezwungen, dieses selbstgesteckte NATO-Ziel auch wirklich zu erreichen. Daher geben nur wenige europäische Länder mehr als 2 Prozent ihres BIP für die nationale Verteidigung aus. Besonders ist das bei jenen EU-Mitgliedern der Fall, die sich in unmittelbarer oder mittelbarer Nachbarschaft zum Kriegstreiber Russland befinden, also vorwiegend Länder Ost- und Nordeuropas. Aber auch Frankreich und das Vereinigte Königreich (UK) gehören zu jenen Staaten, die traditionell

gesehen im europäischen Vergleich relativ hohe Militärausgaben haben, also zumindest über der 2-Prozent-Marke liegen. Auch die Verteidigungsausgaben von Griechenland sind in diesem europäischen Vergleich auffällig hoch, obwohl es geografisch nicht in der Nähe Russlands liegt. Der Grund liegt hier klar in den jahrzehntelangen latenten Spannungen mit der Türkei, ebenfalls NATO-Mitglied, und Vorkehrungen für den Fall, dass doch ein gewaltvoller Konflikt ausbrechen könnte.

Weiters auffällig ist an den dokumentierten Verteidigungsausgaben, dass Deutschland seit 2012 konstant unter der 2-Prozent-Marke liegt, was sich bald unter der neuen CDU/CSU-SPD-Regierungskoalition von Friedrich Merz ändern soll. Geplant ist seit Mitte März 2025 ein „milliardenschweres Finanzpaket für Verteidigung und Infrastruktur“ (Tagesschau 14.03.2025). Für Infrastruktur soll ein Sondervermögen von 500 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Für die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit im deutschen Bundestag wurde bereits um die Zustimmung der Grünen gebuhlt und mit Zugeständnissen erreicht. Die bisherige Schuldenbremse und bisher gültigen EU-Maastricht-Kriterien sind angesichts der neuen geopolitischen Herausforderungen unter Trump 2.0 ausgehebelt.

Ähnlich verhält es sich auf EU-Ebene. Hier stellt der kürzlich vorgestellte „ReArm Europe“-Plan von Kommissionspräsidentin von der Leyen 800 Milliarden Euro in Aussicht. (Von der Leyen 2025; European Commission 2025) Die bisherigen EU-Fiskalregeln werden im Sinne der europäischen Aufrüstung vorerst auf Eis gelegt (Kirkegaard 2025, 4). Und das in einer Zeit, in der viele EU-Mitgliedsländer bereits hochverschuldet sind. Zugleich stellt Verteidigung in Europa ein öffentliches Gut dar, wofür letzten Endes die EU auch zuständig ist. (Ilzetzki 2025, 35, 32) Ganz abgesehen davon, dass man in Expert:innenkreisen von einer Ergänzung und nicht Konkurrenz zwischen EU- und NATO-Kompetenzen ausgeht (Anghel, Damen 2025, 55).

Ein neuer Aufrüstungsplan für Europa

Rechtzeitig vor dem EU-Krisengipfel am 6. März 2025 in Brüssel ließ die Kommissionspräsidentin von der Leyen den EU-Mitgliedsländern per Brief einen neuen Aufrüstungsplan zukommen. Die breite Öffentlichkeit wurde per Presseaussendung informiert. Dieser „ReArm Europe“-Plan beinhaltet fünf zentrale Bausteine (Von der Leyen 2025, European Commission 2025):

- 1) ein neues EU-Instrument in Form von Darlehen zur Erhöhung der nationalen Verteidigungsausgaben. Mit eigens dafür vorgesehenen EU-Darlehen können die EU-Mitgliedsländer ihr jeweiliges Verteidigungsbudget erhöhen und in die eigene Verteidigung (darunter in Bereiche wie Land, Luft, Infrastruktur, Cyberspace etc.) investieren.
- 2) Freisetzen öffentlicher Mittel für die nationale Verteidigung. Ohne ein EU-Defizitverfahren befürchten zu müssen, können EU-Mitgliedsländer in die eigene Verteidigung verstärkt investieren und zusätzliche Schulden aufnehmen. Dafür werden die Verteidigungsausgaben aus der EU-Schuldengrenze herausgerechnet.
- 3) Nutzung des EU-Haushaltsbudgets. Kurzfristig gesehen kann das EU-Haushaltsbudget für die nationale Aufstockung der Verteidigungsausgaben aufkommen. Mittelfristig sollen EU-Kohäsionspolitikprogramme Anreize bieten, in die nationale Verteidigung zu investieren. Zugleich sollen bisherige Hürden beim Aufbau einer resilienten europäischen Rüstungsindustrie wegfallen.

4) Beitrag der Europäischen Investitionsbank (EIB). Um die dafür notwendigen Kosten decken zu können, soll die Europäische Investitionsbank (EIB) finanziell eingebunden werden und somit Kapital zur Verfügung stellen.

5) Auftreiben von privatem Kapital. Nicht nur die EIB soll finanzielle Mittel für die neue Aufrüstung bereitstellen, sondern auch die Privatwirtschaft. Da öffentliche Förderungen enden wollend sind, benötigt es auch Privatkapital, um Forschung und Entwicklung in der Rüstungsindustrie zu fördern.

Von der Leyens Aufrüstungsplan haben am 6. März bei der Krisensitzung im Europäischen Rat auch die meisten Regierungs- und Staatsspitzen positiv aufgenommen. Seit 19. März liegt ein Weißbuch zur europäischen Verteidigung vor. Jetzt gilt es, diesen Aufrüstungsplan im EU-Rat idealiter im Mai offiziell zu genehmigen und möglichst bald umzusetzen. (Pugnet, Ionta 2025; Pugnet 2025) Die Zeit drängt, zumal Europa gerade jetzt gegenüber Putins Russland und den USA unter Trump 2.0 keine Schwäche zeigen darf, für die Ukraine einstehen und damit einen Diktatfrieden auf Kosten liberaldemokratischer Werte verhindern muss. Die Unterstützung für die Ukraine ist damit zugleich auch die Verteidigung von Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Wohlstand in Europa. Unter diesem somit für Europa relevanten Aspekt ist auch der Anteil der nationalen Hilfsleistungen an die Ukraine zu sehen.

Internationale Hilfsleistungen an die Ukraine

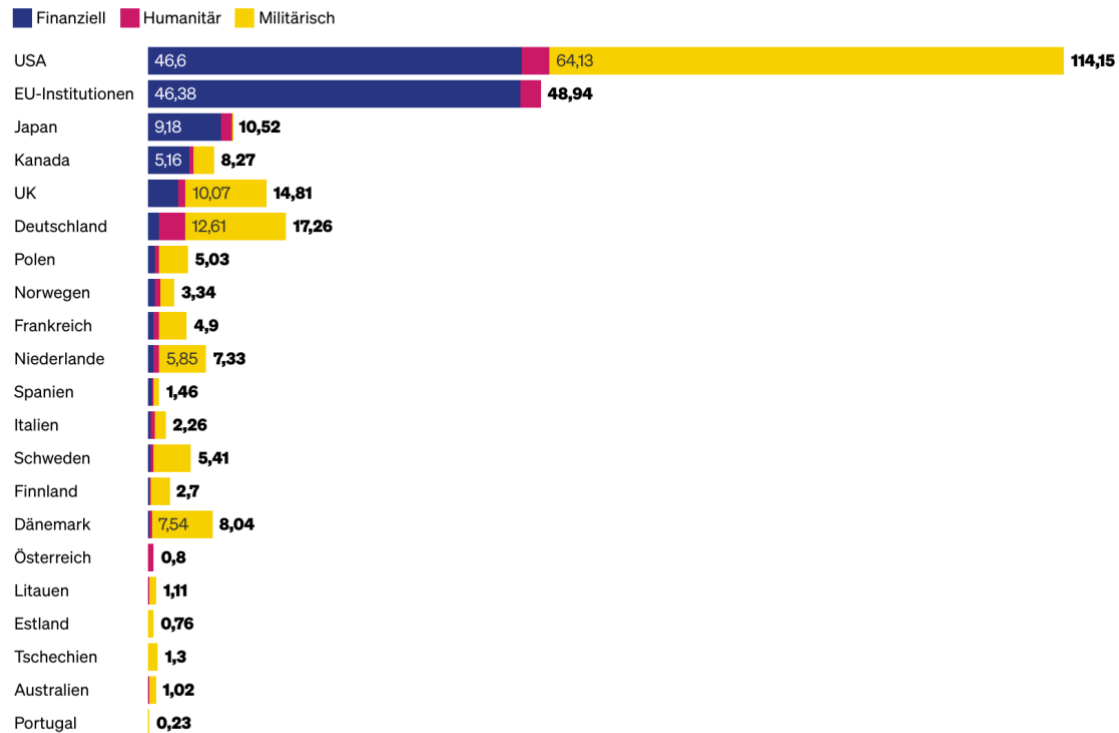
Die Verteidigung der Ukraine ist zentral für die europäische Sicherheit. Denn Putins Angriff auf die Ukraine ist gleichzeitig ein Angriff auf Freiheit, Demokratie und Stabilität in Europa. Wenn Russland ungehindert Grenzen verschieben kann, stehen andere europäische Länder vor ähnlichen Gefahren. Die Ukraine kämpft daher stellvertretend auch für Europa. Die gemeinsame Unterstützung zeigt Stärke und Geschlossenheit – gerade jetzt, wo die USA als Schutzmacht zunehmend ausfallen. Die Verteidigung der Ukraine ist somit keine reine Solidaritätsfrage, sondern Kern europäischer Eigenverantwortung und strategischer Autonomie, weil sie der Ort ist, an dem sich die zentrale militärische Frage Europas entscheidet.

Unter Heranziehung des Ukraine Support Trackers des IFW Kiel Institute for the World Economy zeigt sich, dass die USA unter der Administration des Präsidenten Joe Biden die Ukraine am meisten unterstützt hat – sowohl finanziell als auch militärisch. An zweiter Stelle steht in Sachen Ukraine-Hilfe die EU, konkret die Europäische Kommission und der Europäische Rat.

Deutschland liegt im internationalen Vergleich erst an sechster Stelle und damit nach Japan, Kanada und UK. An neunter Stelle ist bei diesem Vergleich sogar noch weiter hinten Frankreich zu finden, neben UK und USA eigentlich eine Militärmacht. Im IFW Kiel Policy Brief vom März 2025 (Irto et al. 2025) findet sich folglich ein deutlicher Appell an die EU-Mitgliedsländer, die Hilfszahlungen an die Ukraine auch zum eigenen Wohl zu erhöhen. Denn gemäß einem früheren Kiel-Paper (2024) würde die unterlassene Hilfestellung für die Ukraine deutlich teurer kommen, als der Ukraine gleich zu helfen (Binder, Schularick 2024).

Die größte Ukraine-Hilfe ist bis Dezember 2024 von den USA gekommen

Geleistete Unterstützung zwischen 2022 und 2024, nach Art, Top-20-Länder und EU-Institutionen in Milliarden Euro



Die Angaben beziehen sich auf den Zeitraum von Jänner 2022 bis 31. Dezember 2024.

Quelle: IfW Kiel, Ukraine Support Tracker.

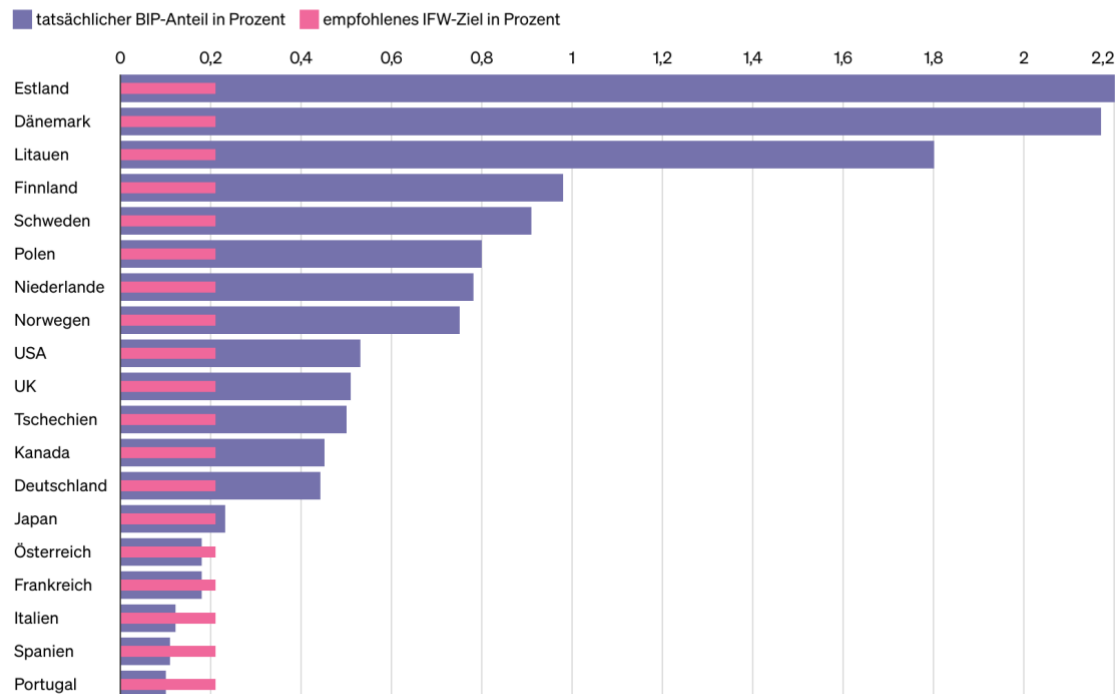
NEOSLAB

Wie die bisherigen Zahlen verdeutlichen, leisten einige EU-Mitgliedsländer Ukraine-Hilfen in der Höhe von rund 0,1 Prozent ihres BIP. Ziel wäre allerdings das Doppelte, nämlich 0,21 Prozent des jeweiligen BIP, um den erwarteten bald völligen Wegfall der US-Hilfszahlungen zu kompensieren, so die Prognosen namhafter Experten (Irto et al. 2025). Damit wäre die jährliche Hilfe aus Europa an die Ukraine von 44 Milliarden auf 82 Milliarden Euro erhöht. Mit gutem Beispiel voran gehen bereits einzelne EU-Länder, die baltischen Länder, Dänemark, Polen und auch Norwegen als Nicht-EU-Mitgliedsland, die allesamt weit über die empfohlene 0,21-Prozent-Marke des eigenen BIP an Ukraine-Hilfen leisten.

In diesem Sinn lautet die Empfehlung, die Ukraine-Hilfen aufzustocken. Konkret gemeint sind hier die EU-Kommission gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB), genauso wie quasi Big Spenders wie Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien. Ähnlich wie der aktuelle EU-Aufrüstungsplan empfiehlt auch das IfW Kiel Institute, den Geber-Ländern Anreize für aufgestockte Ukraine-Hilfen zu bieten wie u.a. Ausnahmeregelungen bezüglich europäischer Fiskal- und Defizitpolitik und Erleichterungen beim Zugang zu zukünftig geschaffenen EU-Verteidigungsbudgets. (Irto et al. 2025, 4 f.)

Ukraine-Hilfe: BIP-Anteil des Geberlandes in Prozent

Daten zwischen 24. Januar 2022 und 31. Dezember 2024

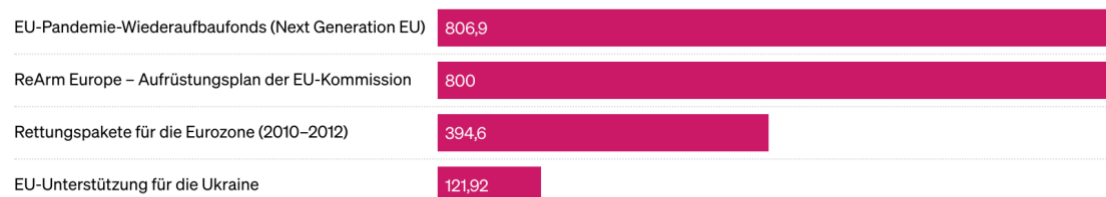


Grafik: NEOS Lab • Quelle: IFW Kiel Institute for the World Economy

NEOSLAB

Der internationale Vergleich bei der Ukraine-Hilfe verdeutlicht, dass nur mehr wenige EU-Länder noch Aufholbedarf haben, um das empfohlene Ziel von 0,21 Prozent des eigenen BIP zu erreichen. In Österreich zum Beispiel beträgt die Ukraine-Hilfe 0,18 Prozent. Im Gegensatz zum Eindruck, den die aktuelle Debatte rund um die Ukraine-Hilfe hinterlässt, sind die Hilfszahlungen an das von Russland angegriffene Land vergleichsweise niedrig.

EU-Hilfen bei schweren Krisen – Zusagen in Milliarden Euro



Gesamtbetrag ohne bilaterale Zuwendungen

Quelle: IFW Kiel Institute for the World Economy

NEOSLAB

Allein wenn man die Zahlen des EU-Rettungsschirms für Griechenland und später Spanien, genauso wie die Summe der Corona-Hilfen heranzieht, fällt die aktuelle Ukraine-Hilfe vergleichsweise niedrig aus. Auch im Vergleich zu den nationalen Aufwendungen, um die beendeten Gasimporte aus Russland zu kompensieren.

Durch den Wegfall der USA als wesentliche Waffenlieferanten an die Ukraine ist nun Europa gefordert, diese Waffenlieferungen zu kompensieren. Angesichts der aktuellen Zahlen zur internationalen Rüstungsindustrie erweist sich die Kompensation als mittelfristiges Projekt.

Internationale Rüstungsindustrie im Vergleich

Im internationalen Vergleich bilden gleich fünf US-amerikanische Rüstungsunternehmen die Spitze der weltweiten Rüstungsindustrie. Unter den bestplatzierten US-amerikanischen Rüstungskonzernen machen auch die Waffenverkäufe die Mehrheit der Einnahmen aus. An sechster Stelle erst findet sich ein Rüstungsunternehmen aus UK, an zwölfter Stelle Airbus, das zu 18 Prozent Umsatz aus Waffenverkäufen macht. Die deutsche Rheinmetall, die letztes Jahr infolge eines vom russischen Geheimdienst zwar geplanten, jedoch vereitelten Anschlags auf ihren Konzernchef Schlagzeilen machte (Seckel, Murphy, Tyborski 2024), belegt im internationalen Ranking lediglich den 26. Platz.

SIPRI-Topliste der weltweit größten Rüstungsproduzenten und Militärdienstleistungsunternehmen

Einnahmen in Millionen US-\$

Reihung 2023	Reihung 2022	Unternehmen	Land	Waffeneinnahmen (2023)	Waffeneinnahmen (2022)	Gesamteinnahmen (2023)	Waffeneinnahmen in % des Gesamtumsatzes (2023)
1	1	Lockheed Martin Corp.	USA	60810	59390	67570	90%
2	2	RTX	USA	40660	39570	68920	59%
3	3	Northrop Grumman Corp.	United States	35570	32300	39290	91%
4	4	Boeing	United States	31100	29300	77790	40%
5	5	General Dynamics Corp.	United States	30200	28120	42270	71%
6	6	BAE Systems	United Kingdom	29810	26900	30350	98%
7	9	Rostec	Russia	21730	16810	33430	65%
8	8	AVIC	China	20850	20620	83430	25%
9	7	NORINCO	China	20560	22060	76600	27%
10	10	CETC	China	16050	14890	55990	29%
11	13	L3Harris Technologies	United States	14760	12630	19420	76%

12	14	Airbus	Trans-European	12890	12090	70710	18%
13	12	Leonardo	Italy	12390	12840	16520	75%
14	11	CASC	China	12350	13960	41170	30%
15	16	CSSC	China	11480	10440	48950	23%
16	17	Thales	France	10350	9420	19910	52%
17	18	HII	United States	9280	8750	11450	81%
18	15	CASIC	China	8850	11770	27640	32%
19	19	Leidos	United States	8730	8240	15440	57%
20	21	Booz Allen Hamilton	United States	6900	5900	10660	65%
21	20	Amentum	United States	6450	6560	8600	75%
22	23	Rolls-Royce	United Kingdom	6290	5670	19120	33%
23	24	AECC	China	5780	5140	..	..
24	42	Hanwha Group	South Korea	5710	3660	61300	9,3%
25	27	CACI International	United States	5700	4820	7660	74%
26	29	Rheinmetall	Germany	5480	4550	7750	71%

Quelle: SIPRI Arms Industry Database, In: <https://www.sipri.org/databases/armsindustry>

Die Aufrüstung Europas kann vor dem Hintergrund dieser Zahlen folglich als mittelfristiges Projekt betrachtet werden. Schließlich belegen die USA mit 41 Rüstungsunternehmen fast die Hälfte der Top-100 Waffen- und Militärdienstleistungsunternehmen weltweit. Gerade 7 Unternehmen sind in dieser Top-100-Liste aus dem Vereinigten Königreich zu finden, 5 aus Frankreich, 4 aus Deutschland, jeweils 2 aus Italien und Spanien, jeweils eines aus Polen, Tschechien und Schweden wie auch 3 transeuropäische Unternehmen. Aus Russland sind in dieser Liste lediglich 2 Unternehmen gelistet, wohingegen allein aus China 9 Unternehmen unter die Top 100 fallen. Beim direkten Vergleich der Waffenproduktion zwischen Europa inkl. UK und Russland schneidet Europa zweifellos besser ab. Viel Luft nach oben besteht allerdings beim Vergleich mit den USA, die – wohlgermerkt unter der Biden-Administration – den Großteil der Waffenlieferungen an die Ukraine geleistet haben. Gespendete Schützenpanzer kamen zu 70 Prozent aus den USA, Waffenmunitionen zu 82 Prozent aus US-amerikanischer Produktion (Irto et al. 2025, 13). Um also den zukünftigen Wegfall US-amerikanischer Waffen zu kompensieren, muss Europa die eigene Rüstungsindustrie ausbauen.

Hier ist auch Eile geboten, weil Russland im internationalen SIPRI-Ranking von 2023 zwar weit abgeschlagen ist, jedoch bis 2024 die eigene Rüstungsproduktion massiv aufgestockt hat. Gemäß aktuellen Schätzungen hat es verglichen mit 2022 die eigene Panzerproduktion um 220 Prozent gesteigert, die Herstellung von gepanzerten Fahrzeugen und Artillerie um 150 Prozent

und die Produktion von Langstrecken-Drohnen um 435 Prozent erhöht. Die russische Kriegsindustrie wird in Zeiten der russischen Kriegswirtschaft erwartungsgemäß weiterhin auf Hochtouren laufen, auch wenn ein etwaiger Waffenstillstand in der Ukraine ausgerufen werden sollte. Diese Phase könnte Russland dazu nutzen, das eigene Kriegsmaterial weiter aufzustocken (Burlikov, Wolff 2025, 3 f.).

Eine derartige Aussicht ist für Europa alles andere als beruhigend, zumal nach Einschätzungen aus internationalen Kreisen (darunter den baltischen Staaten, Polen, Deutschland, Dänemark und NATO) Russland in den nächsten fünf Jahren bereit sein könnte, ein EU-Land anzugreifen. (Burlikov, Wolff 2025, 4) Mit anderen Worten sollte jetzt hierzulande höchste Alarmbereitschaft bestehen, ohne in Panik zu verfallen.

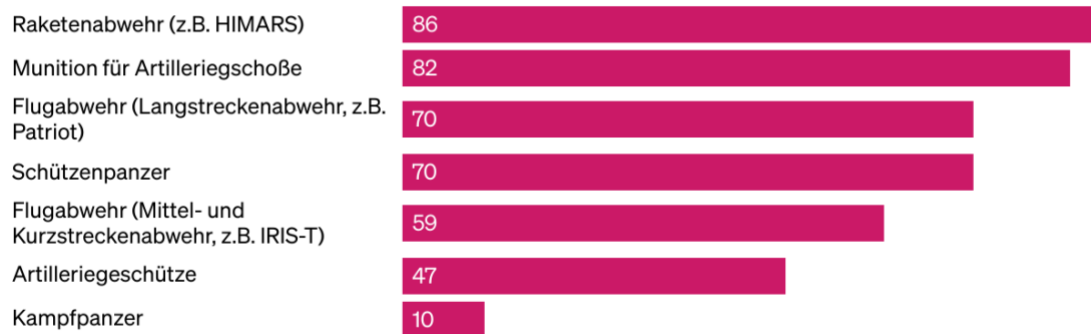
Europa hat inzwischen begonnen, die eigene Waffenproduktion deutlich anzukurbeln, nachdem die Hilfslieferungen an die Ukraine europäische Waffenbestände bald aufgebraucht haben. So stieg der Anteil an neu beschafften Waffen von 11 Prozent im Jahr 2022 auf 59 Prozent im Jahr 2024. Allerdings benötigt Europa angesichts der neuen geopolitischen Situation weitaus mehr selbst produzierte Waffensysteme (Irto et al., 15), um einerseits der Ukraine beizustehen und deren Position bei möglichen Friedensverhandlungen zu stärken, und andererseits, um für die eigene Sicherheit und Verteidigung gegenüber Russland und neuerdings den USA, mit deren imperialistischem Bestreben in Richtung Grönland, zu bestehen.

Europäische Verteidigung ohne Schutzmacht USA

Für den immer wahrscheinlicheren Fall, dass die USA als bisherige Schutzmacht Europas wegfallen, müsste Europa bereits vorgesorgt haben. Makroökonomisch betrachtet, könnte Europa die US-Hilfe für die Ukraine vollständig ersetzen, so die Expertenmeinung. (Burlikov, Wolff 2025, 5) Konkret ginge es um 20 Milliarden Euro, die die EU, Norwegen und UK gemeinsam aufbringen müssten. Das wären 0,12 Prozent des jeweiligen BIP, also noch weniger als bei zuvor genannten Berechnungen zu 0,21 Prozent des BIP. So gesehen, könnte man europaweit den möglichen Wegfall der bisherigen US-Unterstützung finanziell stemmen. Aufholbedarf besteht dagegen beim Kriegsmaterial und bei Truppen sowie Panzereinheiten, um Russland entsprechend abschrecken zu können.

US-Waffenlieferungen an die Ukraine vorwiegend aus eigener Produktion

Anteil in Prozent



Grafik: NEOS Lab • Quelle: IWF Kiel Institute for the World Economy

NEOSLAB

Wie die Grafik vermuten lässt, produzieren die USA ihre Waffensysteme größtenteils selbst und importieren kaum aus anderen Ländern, sind also nahezu autark. Bei der notwendigen Kompensation ginge es in erster Linie um die Eigenproduktion von Raketenartilleriesystemen. Das deutsche Unternehmen Rheinmetall hat allerdings einen gleichwertigen Ersatz US-amerikanischer Waffensysteme durch europäische vorerst ausgeschlossen, zu fortgeschritten sei die US-Technologie für Europa. (Deutschlandfunk 13.03.2025) Große internationale Aufmerksamkeit erregten letztes Jahr chinesische Waffensysteme und Drohnen und die Diskussion darüber, ob China trotz verhängter Sanktionen Russland beim Angriffskrieg gegen die Ukraine noch beliefern würde oder nicht (Moller-Nielsen 2024; Der Standard 30.09.2024).

Bezogen auf Europa bilden bei der europäischen Militärhilfe an die Ukraine Langstrecken-Luftabwehrsysteme, dazugehörige Waffensysteme und Munition eine Schwachstelle. Bisher sind diese eben aus den USA und die Ukraine geliefert worden, zumal die Produktion diesbezüglich sehr kostenintensiv ist (Irto et al. 2025, 15–20).

Nicht nur aus Kostengründen erscheint es daher nachvollziehbar, dass bis 2024 europaweit 21 Staaten der – von Deutschland ins Leben gerufenen – European Sky Shield Initiative (ESSI) beigetreten sind, darunter auch neutrale Staaten wie Österreich und die Schweiz (Hauser 2024, 46; Der Standard 28.05.2024).

Das Bewusstsein, selbst für die eigene Verteidigung wie auch jene der Ukraine aufkommen zu müssen, hat sich auf der Stakeholder-Ebene größtenteils verfestigt. Jetzt bleibt bei der notwendigen Ankurbelung der Rüstungsproduktion der Faktor Zeit. Das Gleiche gilt für die Kompensation bei einem Wegfall von Informations- und Kommunikationstechnologien genauso wie Geheimdienstinformationen aus den USA. So haben die USA der Ukraine bisher das Starlink-Satellitensystem aus dem Haus des Techmilliardärs Elon Musk zur Verfügung gestellt. Nach kürzlichen Andeutungen eines möglichen Abbruchs dieser Unterstützung seitens der aktuellen US-Administration wird nun Europa die Ukraine bezüglich adäquater Kommunikationskanäle, Internetverbindungen und Cyber Security unterstützen müssen (Irto

et al. 2025, 24 f.) – sofern die Ukraine infolge technologischer Innovationen nicht selbst entsprechende Alternativen schafft.

Eine weitere Herausforderung bleibt die militärische Koordination in Europa, weil diese im Unterschied zu US-Truppen keine einheitliche Befehls- und Kontrollstruktur aufweist, stattdessen weithin zersplittert ist. Neben der Verbesserung der militärischen Koordination müsste Europa also die eigene Aufrüstung, verbunden mit technologischen Innovationen, Digitalisierung und Waffenproduktion, vorantreiben, um gemeinsam mit der Ukraine gegenüber imperialistischen Großmächten zu bestehen. Konkret geht es um erhöhte Kapazitäten im Luftverkehr, Transport, bei Raketen, Drohnen wie auch im Bereich Kommunikation und Aufklärung. Die Produktion, Ausbildung und Rekrutierung von neuem Personal müsste europaweit massiv aufgestockt werden, um mit der russischen Kriegsindustrie mithalten zu können. (Burlikov, Wolff 2025, 4) Beim Personal, das nach aktuellen Berechnungen zukünftig die größte Kostenstelle ausmachen würde, ginge es um zusätzliche Polizeieinheiten, Küstenwachen und aufgestockten Grenzschutz (Kirkegaard 2025, 5).

Dagegen wäre der erhöhte Materialaufwand ein geringerer Kostenpunkt. Europaweit akkordierte Beschaffungen und Großaufträge könnten zusätzlich Kosten sparen und den unternehmerischen Wettbewerb fördern. Industriezweige wie die Autoindustrie haben bereits signalisiert, aufgrund rückläufiger Zahlen umsatteln zu wollen. (Burlikov, Wolff 2025, 4)

In Zeiten eines bevorstehenden Handelskriegs mit den USA und Einbrüchen in der Exportwirtschaft würde die europaweite Aufrüstung mit nicht nur 2, sondern 3 oder sogar 3,5 Prozent des BIP die Wirtschaftstätigkeiten innerhalb Europas ankurbeln. Ganz im Sinne des „ReArm Europe“-Plans wäre der europäische Rüstungsschub zwar kurzfristig schuldenfinanziert, würde sich jedoch laut Expertenmeinung (Ilzetzi 2025, 38 f.; Burlikov, Wolff 2025, 8 f.) langfristig durch neu entfachte Innovation, Forschung und Entwicklung bezahlt machen.

Die verstärkte Rüstungsproduktion kann einerseits in Europa, andererseits auch in der Ukraine selbst großangelegt stattfinden, was hier nur auf den ersten Blick zu verwundern mag.

Die Ukraine als zukünftiges Waffenarsenal Europas

Im Zuge des permanenten Angriffs und Beschusses durch Russland hat die Ukraine – so zynisch es auch klingen mag – umfangreiche Kampf- und Kriegserfahrungen gesammelt, eine nicht zu unterschätzende Expertise in strategischer Kriegsführung angereichert und technologische Innovationen gesetzt. So verfügt sie mittlerweile über eine weltweit führende Drohnentechnologie zu günstigen, also international wettbewerbsfähigen Preisen. Alles, was die EU für die eigene, möglichst kosteneffiziente Aufrüstung und skalierbare Waffenproduktion dringend benötigt (Kirkegaard 2025, 4 f.). Nachdem ja die europäischen Staaten ihre Waffensysteme seit 2022 an die Ukraine gespendet haben, benötigen sie neue.

Diese neuen Waffensysteme müssen allerdings auch in ihrer Art neu sein. Aufgrund der demografischen Entwicklungen, sprich des Bevölkerungsrückgangs in ganz Europa, müssen völlig neue Waffentechnologien entwickelt werden, die auch von weniger Personal bedient werden können. Das heißt, Waffen aus Zeiten des Kalten Kriegs haben unter den jetzt völlig neuen Bedingungen keine Relevanz mehr. (Kirkegaard 2025, 6) Schließlich geht es darum, den russischen Aggressor, der selbst die eigenen Waffensysteme aus Sowjetzeiten erneuert hat, überzeugend abzuschrecken. Diese Abschreckung umfasst auch die Einbindung von Atomwaffen, was aufgrund der schrecklichen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg und danach Reaktorunfällen in der neueren Geschichte, u.a. Tschernobyl in der Ukraine 1986, bisher ein Tabuthema war. Die neue Bedrohung durch Putins Russland, das bereits mehrmals mit einem Nuklearkrieg gedroht hat (Tagesschau 19.11.2024), hat umgekehrt Überlegungen zur atomaren Abschreckung seitens Europas entfacht. Als Vorteil erweist sich der Umstand, dass Frankreich und UK über nukleare Waffen verfügen und für die nukleare Abschreckung zur Verfügung stellen. (Kirkegaard 2025, 6)

Und um Abschreckung geht es letzten Endes, um einen zukünftigen Angriff Russlands auf einen EU-Staat von vornherein zu verhindern. In diesem Sinn wurde die European Defence Industrial Strategy (EDIS) von der Europäischen Kommission 2024 vorgestellt, verbunden mit dem European Defence Industry Programme, das konkrete Schritte beschreibt. Deren immanente Gültigkeit bestätigte noch einmal ein Treffen des EU-Rats im März 2025. Was jetzt benötigt wird, sind Forschung und Entwicklung in der Rüstungsbranche, um neue, den aktuellen Anforderungen entsprechende, Waffensysteme zu generieren und zu produzieren, wie auch Mario Draghi in seinem Report zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit von 2024 festgehalten hat.

Ein wichtiger Player bei der Produktion ebendieser neuen Waffensysteme könnte die Ukraine sein, nachdem sie noch unter Sowjetzeiten als zentrale Produktionsstätte fungierte und im Zuge des aktuellen russischen Angriffskriegs gezwungenermaßen die heimische Waffenproduktion hochgefahren hat. In rasanter Geschwindigkeit haben sich Unternehmen formiert, die neu entwickelte Drohnen in hoher Stückzahl produzieren. Von staatlicher Seite wurden die neuen Start-ups 2024 zusätzlich gefördert. So setzt die Ukraine zugleich heimisch produzierte, kostengünstige und technologisch weltmarktführende Drohnen im Verteidigungskrieg gegen Russland ein. Die neu entwickelte Technologie reicht von Kurz- bis Langstrecken-Drohnen. (Kirkegaard 2025, 6 f.)

Manche europäischen NATO-Länder wie Dänemark, Norwegen, Schweden, Litauen und Island unterstützen mittlerweile die Ukraine dahingehend, dass sie bilateral die Waffenproduktion

vor Ort mitfinanzieren. Dieses sogenannte dänische Modell hat mit Hilfszahlungen von bisher dreistelliger Millionenhöhe der Ukraine dahingehend geholfen, nicht nur gegen die russische Drohnentechnologie zu bestehen, sondern auch neue Standards in Sachen technologischer Innovation und Preis-Leistungs-Verhältnis zu setzen. Mit anderen Worten hilft das „dänische Modell“ der Ukraine bei der Weiterentwicklung einer internationalen wettbewerbsfähigen Rüstungsindustrie. Auch große Unternehmen wie beispielsweise die deutsche Rheinmetall oder der niederländische Rüstungskonzern KNDS produzieren aus Kostengründen ihre Waffensysteme in der Ukraine. Federführend wird die Ukraine gerade in Bereichen wie u.a. Digitalisierung, Radarsysteme und elektronischer Kriegsführung. Im Februar 2025 hat z.B. das französische Luftfahrtunternehmen Thales mit dem ukrainischen Rüstungsunternehmen Ukroboronprom ein Joint Venture formiert. Aufgrund ihrer jetzt auf Hochtouren laufenden Rüstungsindustrie wird die Ukraine auch in späteren Post-Konflikt-Zeiten Europas größter Waffenproduzent bleiben, zumal die Produktionskosten dort voraussichtlich weiterhin niedriger sein werden als im Rest Europas. (Kirkegaard 2025, 8 f.)

Vor diesem Hintergrund erscheint es logisch, dass die Ukraine in Zukunft Europas Waffenarsenal wird und europäische Militärinvestitionen in die Ukraine fließen. Damit würden Europa und die Ukraine noch mehr zusammenwachsen. Notwendig wäre zugleich ein entsprechender Schutzwall gegen die dauerhafte Bedrohung durch Russland, auch in vermeintlichen Friedenszeiten. Gegen mögliche feindliche Angriffe in Zukunft sollte Europa schon jetzt gewappnet sein. Insgesamt ist es das Gebot der Stunde, Europa gegen sämtliche, jetzt unvorhersehbare Schockmomente sowie widrige Umstände resilient zu machen. Das ist auch zentrale Idee der Strategischen Autonomie Europas.

Anforderungen an die strategische Autonomie Europas

Nachdem das Konzept der strategischen Autonomie in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik entstanden und lange Zeit kritisch beäugt worden ist (Anghel et al. 2025, 4), stehen jetzt die Zeichen auf konkrete Umsetzung, nämlich Europa in zentralen Bereichen wie Verteidigung, Wirtschaft, Technologie, Klimaschutz, Gesundheit und Migration unabhängig zu machen. (Hasselbach 2023; Schett 21.04.2023) Sei es die einstige Covid-19-Pandemie, die durch Lieferengpässe beim Import von medizinischen Produkten nach Europa die negativen Seiten von globalen Abhängigkeiten zutage brachte; sei es das erratische Verhalten von US-Präsident Donald Trump in seiner ersten und jetzt zweiten Amtszeit, das das Problem unsicherer internationaler Beziehungen offenbart; heißt es jetzt mehr denn je, Europas Autonomie im globalen Kontext zu stärken.

Bisher gut gelungen ist das in Bereichen wie Wirtschaft und Gesundheit. Zufriedenstellend ist die europäische Unabhängigkeit bei Verteidigung, Klimaschutz und Migration. Völlig unzureichend ist die europäische Autonomie dagegen noch in Sachen Technologie. (Hasselbach 2023) Aktuelle Bestrebungen wie vor allem der „ReArm Europe“-Plan – mit weit mehr finanziellen Mitteln als noch das Europäische Verteidigungsindustrieprogramm (EDIP) – könnten Europa den nötigen Technologie- und Digitalisierungsschub bringen.

Als wichtige „strategische Weichenstellungen“ wurden noch in der vorherigen Legislaturperiode, im Dezember 2023, Beschlüsse zur Vertiefung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP/GSVP)

gelegt. (Báchora 2024, 13) Eine wichtige Maßnahme bildet in diesem Sinn die „strategische Agenda 2024–2029“, die im Juni 2024 beschlossen wurde. Sie ergänzt sozusagen den „strategischen Kompass“, der einen Monat nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine vom EU-Rat verabschiedet wurde und in Reaktion auf die neue Bedrohung einen umfangreichen Aktionsplan zur Vertiefung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bis 2030 beinhaltet, darunter die wesentlichen vier Säulen „Handeln“, „Investieren“, „Mit Partnern zusammenarbeiten“ und „Sichern“. (Rat der Europäischen Union 21.03.2024)

Im Kontext der höchst volatilen und konfliktbeladenen internationalen Beziehungen verfolgt die strategische Agenda das Ziel, Europa in den zentralen Bereichen wie Wirtschaft, Wohlstand, Sicherheit und Verteidigung von internationalen Großwetterlagen möglichst unabhängig zu machen. Ganz im Sinne der Forderungen von Enrico Letta und Mario Draghi in ihren Analysen und Reports liegt der Fokus in der zweiten Amtszeit von Ursula von der Leyen auf einer gemeinsamen europäischen Wettbewerbsfähigkeit und Verteidigung. (Anghel, Damen 2025, 63). Die Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen bis 2050 wie auch für alle leistbare Energie ist genauso wichtiger Teil dieses Fahrplans. (Marques da Silva 18.06.2024) Was jetzt bleibt, ist der politische Wille, ob man sich also mit dem Ziel der strategischen Autonomie zu einer Wettbewerbsunion, Energieunion und Verteidigungsunion zusammenschließen möchte, oder ob partikulare, nationale und sogar rechtspopulistische Interessen das gemeinsame Europa torpedieren. Jetzt ist die Chance, mit einer gemeinsamen Außenpolitik unter der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas und mit einer gemeinsamen Verteidigungspolitik unter dem erstmals amtierenden EU-Verteidigungskommissar Andrius Kubilius Europa als Global Player aufzustellen.

Denn nur gemeinsam wird sich Europa gegen neu aufkommende imperialistische Bestrebungen so mancher Großmächte behaupten können. Die Idee der strategischen Autonomie ist dabei, Europa nicht zum Spielball von Russland, China, aber auch der USA verkommen zu lassen. Diese könnten nämlich europäische Schwachstellen, wie eben die teils langwierigen Entscheidungsprozesse auf nationaler und europäischer Ebene, ausnutzen und feindliche Aktionen ohne ernst zu nehmende Gegenwehr setzen, was ja Russland seit Beginn seines Angriffskriegs gegen die Ukraine und mit dem hybriden Krieg gegen Europa bereits tut.

Beim internationalen Vergleich der Bevölkerungszahlen zeigt sich, dass Europa weltweit durchaus mehr Selbstbewusstsein als Global Player haben könnte. Zwar liegt die Bevölkerungszahl nicht im Milliardenbereich wie im Fall Indiens und Chinas, jedoch weitaus höher als bei Russland, und das nur auf die EU-27 bezogen. Mit den EU-Kandidatenländern zusammen liegt die Bevölkerungszahl bei über 500 Millionen Menschen.

Bevölkerungszahlen im internationalen Vergleich

Angaben in Millionen



Grafik: NEOS Lab • Quelle: Statistisches Bundesamt, UN-Bevölkerungsabteilung (UNPOP)

NEOSLAB

Mit klaren Entscheidungskompetenzen, von allen Mitgliedsländern so akzeptiert, hätte die EU auf internationaler Ebene stärkere Durchschlagskraft. Mittels „Soft Power“ bzw. „weicher Macht“ hat die EU unter anderem weitreichende Sanktionspakete gegen Russland beschlossen. „Sharp Power“ bzw. „harte Macht“ wird die EU verstärkt bei zukünftigen Bedrohungsszenarien benötigen, um im Ernstfall nicht in langwierigen Entscheidungsprozessen paralysiert zurückzubleiben (Anghel et al. 2025, 1 f.). Das gelingt eben mit einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik. Die aktuelle Bedrohungslage und die folglich zu erwartende europäische Aufrüstung könnte nicht nur der Umsetzung der aktuellen strategischen Agenda zugutekommen, sondern auch die strategische Autonomie insgesamt stärken.

Conclusio: Was zu tun bleibt

So katastrophal der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist und so sehr der teils erratische und teils aggressive Kurs der USA unter Trump 2 auch verstört, bilden doch die aktuellen geopolitischen Herausforderungen für Europa die Möglichkeit und die Notwendigkeit, sich verstärkt als Global Player aufzustellen. Mit dem erwartungsgemäß bald akkordierten ReArm-Europe-Plan werden die EU-Mitgliedsländer ihre Verteidigungsbudgets aufstocken können, um 2 oder sogar mehr Prozent des eigenen BIP. Auch empfiehlt es sich, die Ukraine-Hilfe auf 0,21 Prozent des BIP aufzustocken, um den erwartbaren Wegfall der USA als größtes Geberland zu kompensieren.

Vereinzelt haben bereits Regierungen Investitionen aufgestockt und Unternehmen mit der verstärkten militärischen Produktion begonnen. Jetzt wäre es von großem Vorteil, gemeinsam und akkordiert statt zersplittert aus- und nachzurüsten und in Übereinstimmung mit allen europäischen Ländern, gleich ob EU-Mitglied oder nicht, aufzurüsten, Innovation, technologischen Fortschritt und Digitalisierung in Europa genauso wie in der Ukraine selbst voranzubringen. Ein Schulterschluss von traditionellen Militärmächten wie UK, Frankreich, Deutschland, Spanien und Italien mit neuen Zentren von Innovation und Forschung, vor allem in osteuropäischen, den baltischen Ländern und in der Ukraine, steht genauso an wie eine europaweit akkordierte Kompetenzverteilung. Den erwartbaren Wegfall der USA wird Europa nicht von heute auf morgen kompensieren können, sondern als mittelfristiges Projekt anlegen müssen – mit dem entsprechenden Willen.

Aus Fachkreisen ist bereits seit Monaten zu hören, dass es in Europa weder an Geld noch am Vermögen scheitert, sondern rein am politischen Willen liegt, Europa gemeinsam als Global Player und ernst zu nehmende Militärmacht aufzustellen, um sich in Zukunft gegen neue Bedrohungen zu behaupten und gleichzeitig europäische Werte wie Freiheit, Menschenrechte, liberale Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu bewahren und mit internationalen Verbündeten weltweit zu verbreiten.

Quellenverzeichnis

Suzana Anghel, Beatrix Immenkamp, Elena Lazarou, Jerome Leon Saulnier, Alex Benjamin Wilson (2020): Auf dem Weg zu „strategischer Autonomie“. Die EU im sich wandelnden geopolitischen Umfeld. Studie, 09/2020. In: Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments. In: [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_STU\(2020\)652096](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_STU(2020)652096) (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Suzana Anghel, Mario G.H. Damen (2025): The future European security architecture. Dilemmas for EU strategic autonomy. Policy Foresight Unit, 03/2025. In: European Parliamentary Research Service (EPRS). In: [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_STU\(2025\)765785](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_STU(2025)765785) (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Rastislav Báchora (2024): Strategische Positionierung der EU im Vorfeld der Wahlen 2024. In: ISS Lagebild 2/24: Lagebild Akteure und Mächte Frühjahr 2024. In: <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=3768> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Johannes Binder, Moritz Schularick (2024): Was es kostet, die Ukraine nicht zu unterstützen. In: Kiel Policy Brief No. 179/ November 2024. In: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/was-kostet-es-die-ukraine-nicht-zu-unterstuetzen-33411/> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Alexandr Burilkov, Guntram Wolff (2025): Europa ohne die USA verteidigen: eine erste Analyse, was gebraucht wird. In: Kiel Policy Brief Nr. 183, 02/2025. In: IWF Kiel Institute for the World Economy. In: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/europa-ohne-die-usa-verteidigen-eine-erste-analyse-was-gebraucht-wird-33811/> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Der Standard (2024): Österreich ist Luftabwehr-Initiative Sky Shield beigetreten. In: Der Standard, 28.05.2024. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000221880/oesterreich-ist-luftabwehr-initiative-sky-shield-beigetreten> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Der Standard (2024): Neue Kampfdrohne aus China schafft Reichweitenrekord. In: Der Standard, 30.09.2024. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000238703/guenstig-und-effizient-neue-kampfdrohne-aus-china-scha> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Euronews, AP (2025): Trump „ermutigt“ Russland, NATO-Staaten anzugreifen, die „Rechnungen“ nicht bezahlen. In: Euronews, 11.02.2024. In: <https://de.euronews.com/2024/02/11/trump-ermutigt-russland-nato-staaten-anzugreifen-die-rechnungen-nicht-bezahlen> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

European Commission (2025): Press statement by President von der Leyen on the defence package. In: European Commission, 04.03.2025. In:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_25_673 (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Deutschlandfunk (2025): „USA haben Technologien, die Europa nicht hat“: Rheinmetall-Chef setzt sich für transatlantische Partnerschaft ein. In: Deutschlandfunk, 13.03.2025. In: <https://www.deutschlandfunk.de/usa-haben-technologien-die-europa-nicht-hat-rheinmetall-chef-setzt-sich-fuer-transatlantische-partne-100.html> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Walter Feichtinger (2023): Das Ende der Friedensdividende. Gastkommentar. In: Wiener Zeitung, 22.05.2023. In: <https://www.wienerzeitung.at/h/das-ende-der-friedensdividende> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Christoph Hasselbach (2024): EU: Strategische Autonomie in weiter Ferne. In: Deutsche Welle, 02.01.2023. In: <https://www.dw.com/de/eu-strategische-autonomie-inweiter-ferne/a-63990121> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Gunther Hauser (2024): Das europäische Sicherheits- und Verteidigungssystem und seine Akteure. 10. überb. Auflage. Wien: Landesverteidigungsakademie. In: <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=709> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Ethan Iletzki (2025): Guns and Growth: The Economic Consequences of Defense Buildups. In: Kiel Report Nr. 2, 02/2025. In: IWF Kiel Institute for the World Economy. In: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/guns-and-growth-the-economic-consequences-of-defense-buildups-33748/> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Giuseppe Irto, Ivan Kharitonov, Taro Nishikawa, Christoph Trebesch (2025): Ukraine Aid: How Europe Can Replace US Support. In: Kiel Policy Brief Nr. 186, 03/2025. In: IWF Kiel Institute for the World Economy. In: <https://www.ifw-kiel.de/publications/ukraine-aid-how-europe-can-replace-us-support-33907/> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Jacob Funk Kirkegaard (2025): Ukraine: European democracy's affordable arsenal. In: Policy Brief 10/2025, Bruegel. In: <https://www.bruegel.org/policy-brief/ukraine-european-democracys-affordable-arsenal> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Ursula von der Leyen (2025): Letter to the 27 EU member states. In: European Commission, 04.03.2025. In: <https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/attachment/880628/Letter%20by%20President%20von%20der%20Leyen%20on%20defence.pdf> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Isabel Marques da Silva (2024): Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit im Fokus der nächsten strategischen Agenda der EU. In: Euronews, 18.06.2024. In: <https://de.euronews.com/my-europe/2024/06/18/verteidigung-und-wettbewerbsfahigkeit-im-fokus-der-nachsten-strategischen-agenda-der-eu> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Thomas Moller-Nielsen (2024): Ukraine: China ist Hauptlieferant für russische Waffenkomponenten. In: Euractiv, 24.09.2024. In: <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/ukraine-china-ist-hauptlieferant-fuer-russische-waffenkomponenten/> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

NATO (2025): NATO Defence Ministers conclude meeting, focus on defence spending and support for Ukraine. In: NATO, 13.02.2025. In: https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_232975.htm (letzter Zugriff am 20.03.2025).

ORF (2025): Paris-Gipfel: Europa braucht Antwort auf „Trump-Schock“. In: ORF, 17.02.2025. In: <https://orf.at/stories/3385093/> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Aurélie Pugnet (2025); Von der Leyen's 'Rearm Europe' plan and the holes in it. In: Euractiv 05.03.2025. In: <https://www.euractiv.com/section/defence/news/von-der-leyens-rearm-europe-plan-and-the-holes-in-it/> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Aurélie Pugnet and Nicoletta Ionta (2025): The Commission's push to bypass Parliament for defence spending may backfire. In: Euractiv, 13.03.2025. In: <https://www.euractiv.com/section/defence/news/the-commissions-push-to-bypass-parliament-for-defence-spending-may-backfire/> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Rat der Europäischen Union (2024): Ein Strategischer Kompass für mehr Sicherheit und Verteidigung der EU im nächsten Jahrzehnt. Pressemitteilung. In: Europäischer Rat / Rat der Europäischen Union, 21.03.2024. In: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/21/a-strategic-compass-for-a-stronger-eu-security-and-defence-in-the-next-decade/> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Stefan Schett (2023): Debatte über „strategische Autonomie“ in der EU. In: Materie, 21.04.2023. In: <https://materie.at/a/debatte-ueber-strategische-autonomie-in-der-eu/> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Helga Schmidt (2025a): Wie die europäische Verteidigung aussehen soll. In: Die Tagesschau, 19.03.2025. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-verteidigung-120.html> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Helga Schmidt (2025b): Europa kann sich selbst verteidigen. Kommentar. In: Die Tagesschau, 19.03.2025. In: <https://www.tagesschau.de/kommentar/europa-usa-sicherheitspolitik-100.html> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Timm Seckel, Martin Murphy, Roman Tyborski (2024): Attentat auf Rheinmetall-Chef vereitelt. In: Handelsblatt, 11.07.2024. In: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/armin-papperger-attentat-auf-rheinmetall-chef-vereitelt/100052219.html> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

SIPRI (2025): SIPRI Arms Industry Database. In: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), 2025. In: <https://www.sipri.org/databases/armsindustry> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Frank Specht (2025): Hinter Trumps Fünf-Prozent-Forderung steckt klares Kalkül. In: Handelsblatt, 09.01.2025. In: <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/nato-hinter-trumps-fuenf-prozent-forderung-steckt-klares-kalkuel/100099174.html> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Tagesschau (2024): Russland droht indirekt mit Atomwaffen. In: Tagesschau, 19.11.2024. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/lawrow-drohung-atomdoktrin-100.html> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Tagesschau (2025): NATO-Treffen in Brüssel: Wie hoch sollen die Verteidigungsausgaben sein? In: Tagesschau, 13.02.2025. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-treffen-ukraine-100.html> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

Tagesschau (2025): Das Finanzpaket steht. Einigung von Union, SPD und Grünen. In: Tagesschau, 14.03.2025. In: <https://www.tagesschau.de/inland/schwarz-rotes-finanzpaket-einigung-gruene-100.html> (letzter Zugriff am 20.03.2025).

ZDF heute (2025): Gespräche über Waffenruhe:Pistorius: Trump-Putin-Telefonat "Nullnummer". In: ZDF heute, 19.03.2025. In: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/pistorius-waffenruhe-ukraine-krieg-sondervermoegen-100.html>